

# INTERNATIONALE RUNDSCHAU

## Arbeitszeitverkürzungen in Osteuropa

Auch in den kommunistischen Ländern Osteuropas wächst die Arbeitsproduktivität ständig — trotz aller Irrwege und Fehlschläge, die es in den vergangenen zwei Jahrzehnten gegeben hat. Auch sind die Bemühungen unverkennbar, Produktions- und Produktivitätssteigerung bis zu einem gewissen Grade der breiten Masse durch eine Erhöhung der Realeinkommen zugute kommen zu lassen. Das geschieht einmal durch die Herabsetzung der Warenpreise. Wer z. B. in der Tschechoslowakei, in Ungarn oder auch in Jugoslawien und Rumänien die heutigen Preise für Textilien, Schuhe, häusliche Bedarfsartikel usw. mit denen von vor fünf oder gar zehn Jahren vergleicht, wird außer der Qualitätsverbesserung auch beträchtliche Preisreduzierungen feststellen. Auf der anderen Seite hat der Zwang, die übersteigende Nachfrage nach bestimmten Waren in andere Kanäle zu lenken, zu Preiserhöhungen gezwungen, wie z. B. vor einem Jahr in Ungarn vor allem bei Fleischwaren.

Ein zweiter Weg, den Arbeiter von der höheren Produktivität profitieren zu lassen, sind direkte oder indirekte Lohnerhöhungen. Dabei ist man von generellen Lohnerhöhungen in gleichem Ausmaß abgekommen, wie man sich ja überhaupt im kommunistischen Bereich vom egalitären Prinzip weg und zum Leistungsprinzip hin entwickelt. Besonders die CSSR ist zur Zeit daran, eine stärkere Differenzierung der Entlohnung nach Qualität der Arbeit, Vorbildung usw. einzuführen, um den Leistungsanreiz zu steigern.

Ein dritter Weg — vielfach mit dem ersten und zweiten kombiniert — ist die Herabsetzung der Arbeitszeit. Hier gibt es in der

Hauptsache zwei Formen: die Qualifikations- und die Datumsmethode. Die Qualifikationsmethode ist die vorherrschende. Sie besteht darin, daß für die Arbeitswoche ein bestimmtes Produktionsziel aufgestellt wird. Diejenigen Betriebe, die dieses Ziel ohne Inanspruchnahme zusätzlicher Arbeitskräfte, Maschinen usw. erreichen, dürfen bevorzugt die kürzere Arbeitswoche einführen. Häufig wird dieser Grundsatz sogar für die verschiedenen Abteilungen eines und desselben Betriebes angewandt.

Dem steht das vorwiegend in der DDR praktizierte Prinzip gegenüber, ein bestimmtes Datum festzusetzen, zu dem alle Unternehmen gemeinschaftlich die neue Arbeitszeitregelung einführen, natürlich auch erst nach entsprechenden Vorbereitungen und praktischen Versuchen. Diese Methode hat sowohl vom praktischen wie vom moralischen Standpunkt aus eine ganze Anzahl Vorteile. Da es zwischen zahlreichen Betrieben eine Zusammenarbeit gibt, erleichtert der Übergang zur verkürzten Arbeitszeit an einem für alle gemeinsamen Datum die Koordinierung der Produktion. Hinzu kommt ein wichtiger moralischer Gesichtspunkt: Produktivitätssteigerungen in einem bestimmten Industriezweig oder Unternehmen sind nicht nur das Verdienst der unmittelbar darin beschäftigten Menschen, sondern vielmehr das Ergebnis einer Vielfalt von Kräften, die von den verschiedensten Elementen der Gemeinschaft in Bewegung gesetzt worden sind. Deshalb haben auch alle Glieder der Gemeinschaft das moralische Recht, an den Früchten der vermehrten Arbeitsproduktivität teilzunehmen. Die Tatsache, daß ein Industriezweig oder Unternehmen weniger erfolgreich ist als andere, muß nicht die Schuld der dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten sein.

Nachstehend in Kürze die Arbeitszeitsituation in einigen kommunistischen Staaten:

In der DDR wurde am 1. April 1966 einheitlich die 45-Stunden-Woche (bis dahin 48

Stunden) eingeführt. Gleichzeitig wurde bestimmt, daß in jeder zweiten Woche nur an fünf Tagen gearbeitet wird. Eine 45-Stunden-Woche gab es vor dem 1. April 1966 schon für die in Drei-Schichten-Betrieben Tätigen; für sie wurde die Arbeitszeit am 1. April 1966 auf 44 Stunden herabgesetzt. Es handelt sich dabei um eine halbe Million (von insgesamt 3 1/2 Mill.) Industriearbeiter.

In der Sowjetunion soll mit dem 50. Jahrestag der Oktoberrevolution (Anfang November 1967) im ganzen Land einheitlich die Fünftagewoche eingeführt sein.

In der CSSR ist die graduelle Verkürzung der Arbeitswoche von 48 auf 44 Stunden seit dem vergangenen Jahr im Gange und soll bis Ende des laufenden Jahres abgeschlossen werden. In den Zwei-Schichten-Betrieben soll die wöchentliche Arbeitszeit auf 43, in den Drei-Schichten-Betrieben sogar auf 42 Stunden herabgesetzt werden. Zur Zeit arbeiten die nordböhmischen Braunkohlengruben mit der 42-Stunden-Woche, während die Gruben des Kohlenbeckens von Mährisch-Ostrau und Karvin versuchsweise die 40-Stunden-Woche eingeführt haben. Im September 1966 hatten sich die Leitung der Bergbaugewerkschaft und das Bergbauministerium darauf geeinigt, den Kohlenbergbau als vordringlich für die Arbeitszeitverkürzung zu wählen. Um 1970 sollen die Arbeiter in Erzgruben, Gießereien und generell in allen Unternehmen mit durchgehender Produktion in den Genuß der 40-Stunden-Woche kommen. Für alle anderen Industriezweige wird dann die 42-Stunden-Woche gelten.

Auch in Ungarn hat der Erste Parteisekretär *János Kadar* auf dem IX. Parteikongreß Ende November/Anfang Dezember 1966 eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden bis 1970 versprochen. Um die gleiche Zeit soll die Arbeitszeit in allen gefährlichen und Schwerarbeitsbetrieben je nach dem Grad der Gefährlichkeit auf 36 bis 41 Stunden wöchentlich reduziert sein. Für etwa drei Viertel der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter soll die Umstellung auf die verkürzte Arbeitszeit schon in der nächsten Zeit durchgeführt werden.

Die Jugoslawen hoffen, bis Anfang 1970 allgemein die 42-Stunden-Woche eingeführt zu haben. Diejenigen Betriebe, die imstande sind, den Verlust an Arbeitszeit durch höhere Arbeitsproduktivität auszugleichen, dürfen schon jetzt die 42-Stunden-Woche einführen.

Die Bulgaren haben die Fünftagewoche als Planziel in ihren bis 1970 laufenden Fünfjahresplan aufgenommen. Sie haben einen graduellen Übergang vorgesehen. 1970 sollen 44 Arbeitsstunden in der Woche die Norm sein. Zur Zeit haben von 2,2 Millionen Industriearbeitern und Angestellten etwa zwei

Millionen die 46-Stunden-Woche. Für die in Schwerarbeit und in gesundheitsschädlichen Betrieben Beschäftigten soll der zur Zeit geltende Siebenstundentag bis 1970 auf sechs Stunden reduziert werden, jedoch soll für sie die Sechstagewoche bestehen bleiben.

*Dr. Hans Henrich, Wien*

## Atom-Wolken übet Israel?

Ist der Nahe Osten, oder genauer: der israelisch-ägyptische Raum, schon endgültig und unaufhaltbar auf dem Weg zum atomaren Rüstungswettlauf? Es ist heute schon nicht mehr möglich, diese schicksalsschwere Frage mit einem einfachen und absoluten „Nein“ zu beantworten. Wenn es auch noch zu früh ist, diese immer deutlicher werdende Tendenz als eine endgültige und unwiderrufliche Entwicklung anzusehen — so nähern wir uns dennoch dieser Gefahr in einem Tempo, das es verbietet, die Augen leichtsinnig vor ihr zu verschließen. Denn falls die sich deutlich abzeichnende potentielle Entwicklung im Nahen Osten, auf dem nuklearen Gebiet, nicht in nächster Zukunft entscheidend aufgehalten wird, kann dieser empfindliche Erdteil bald zu einem der explosivsten Gefahrenherde der Welt werden. Aber noch ist es nicht zu spät, um durch geeignete internationale Aktivität diesen drohenden Lauf der Dinge zu verhindern.

Die Wurzel der gefährlichen Entwicklung im israelisch-arabischen Raum liegt in erster Linie in zwei bedauernswerten Tatsachen: die bisherige hartnäckige arabische Unversöhnlichkeit gegenüber der Existenz Israels als vollendete und unwiderrufliche Tatsache, und, als deren militärische Folge, die arabische, besonders die ägyptische, Großaufrüstung mit konventionellen Angriffswaffen aller Art, in einem Ausmaß, das ohne Zweifel für Israel eine akute und ernsthafte Bedrohung darstellt. Diese Grundfaktoren der augenblicklichen arabischen Einstellung zu Israel haben dazu geführt, daß die frühere israelische Regierung unter *Ben-Gurion* sich dazu gezwungen sah, die eventuellen arabischen Gefahren auf konventionellen Gebiet durch eine weitgeplante israelische Vorbereitungs-Arbeit auf dem atomaren Gebiet zuvorzukommen. Diese Konkretisierung des politisch-militärischen Reagierens Israels auf die ständig wiederholten arabischen Drohungen bedeutet das heute offene Geheimnis des „Israelischen Strebens nach einer nuklearen Option“. Wer die quantitativen Kräfte-Verhältnisse im Nahen Osten kennt, kann schwer leugnen, daß die Regierung *Ben-Gurion* den gefährlichen Weg zur atomaren Aufrüstungs-Initiative nicht ohne gewisse verständliche Erwägungen eingeschlagen hat.

Diese verständlichen strategischen Erwägungen der früheren und der heutigen politischen und militärischen Führer Israels werfen jedoch

zumindest zwei schwerwiegende Kardinalfragen auf. Die erste Frage: Werden es die augenblicklichen fünf Mitglieder des Welt-, „Atom-Clubs“ allgemein, und die beiden ausschlaggebenden Atommächte, die USA und die UdSSR besonders, zulassen, daß sich ein kleiner Staat wie Israel gegen ihren erklärten Willen den Eintritt in diesen exklusiven Club gewaltsam verschafft? Die zweite Frage: Sollte es Israel gelingen, trotz aller politischen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und anderen Schwierigkeiten wirklich bis zur konkreten Möglichkeit der selbständigen Erzeugung nuklearer Waffen fortzuschreiten — kann darin eine wirkliche Lösung seiner strategischen Sicherheits-Probleme gesehen werden?

Einige kurze Bemerkungen zur Erörterung der ersten Frage. Schon zur Zeit des Präsidenten *John F. Kennedy* erklärte die Regierung der USA in der klarsten und deutlichsten Form ihren aktiven politischen Widerstand gegen die Verbreitung von Kernwaffen jeglicher Form über die damaligen drei Mitglieder (USA, UdSSR, England) des ursprünglichen Atom-Clubs hinaus. Auch der Nachfolger Kennedys übernahm vorbehaltlos die Erbschaft dieser Politik („nuclear non-proliferation“). Die parallele sowjetische Politik der absoluten Wahrung des heutigen Status quo in bezug auf die begrenzte Mitgliedschaft im internationalen Kernwaffen-Club hat ihren bisher deutlichsten Ausdruck in der Miturheberschaft des Moskauer Abkommens vom Juli 1963 gefunden, seit dessen Unterzeichnung durch über 100 Staaten atomische Probe-Explosionen stark begrenzt sind. Seitdem hat Sowjet-Rußland seine strikte Einhaltung dieser grundsätzlichen Politik, die fast völlig mit der amerikanischen parallel verläuft, dadurch bewiesen, daß die Sowjet-Union keinem anderen Land, sogar nicht ihren direkten Verbündeten und Satelliten, Kernwaffen oder deren Erzeugungs-Geheimnisse zur Verfügung gestellt hat. Es ist nur zu wahrscheinlich, daß die UdSSR den einzigen Ausnahmefall in dieser Politik der Wahrung des nuklearen Status quo, den Fall Rot-China, schon lange stark bereut. Der sowjetische hartnäckige Widerstand gegen eine eventuelle atomare Bewaffnung oder Selbst-Rüstung Westdeutschlands ist ein zusätzlicher Grund für Rußland, eine weitere Verbreitung von Kernwaffen mit allen Mitteln zu verhindern.

Zu dieser amerikanisch-sowjetischen parallelen Politik der Verwerfung der Verbreitung von Kernwaffen kommt im Nahen Osten noch eine besondere regionale Waffenlieferungs-Politik der Westmächte hinzu, deren konkrete Konturen besonders in den letzten Jahren immer deutlicher werden: ein zunehmender qualitativer Waffenausgleich zwischen Israel und den arabischen Staaten. Aus gewissen innerarabischen Gründen, und besonders um die dem Westen freundlichen Königreiche Jorda-

nien und Sauch-Arabien den ägyptischen Expansions-Plänen *Abdul Nassers* gegenüber zu stärken, ist dieser relative Ausgleich von Waffenlieferungen aus westlichen Ländern zwar immer noch unbefriedigend für Israel. Außerdem leiden beide Seiten, und besonders das ölarne Israel, unter der wirtschaftlichen Last eines verhältnismäßig sehr hohen Militär-Budgets, aber im allgemeinen halten die entscheidenden Westmächte grundsätzlich die Politik des Bewaffnungs-Ausgleichs ein, während die Sowjet-Union große Mengen von Angriffswaffen aller Art nur an sowjet-freundliche arabische Staaten (Ägypten, Irak, Syrien, Yemen) liefert.

Die logische Folge dieser politischen und militärischen Faktoren läßt es als unmöglich erscheinen, daß die USA oder die Sowjet-Union in absehbarer Zukunft eine eventuelle atomare Aufrüstung Israels oder eines arabischen Landes zulassen werden. Falls die israelische Regierung versuchen wird, den Weg von einseitiger nuklearer Initiative auf militärischem Gebiet zu beschreiten, ohne den Widerstand der USA und der UdSSR ernst zu nehmen, beschwört sie selbst eine doppelte Gefahr für Israel herauf: die Möglichkeit amerikanischer Zurückhaltung auf dem lebensnotwendigen Gebiet seiner konventionellen Bewaffnung — und fast sichere sowjetische Gegenmaßnahmen, die die atomare Verteidigung der arabischen Nachbarn Israels sehr wirksam stärken könnten.

Einige weitere kurze Bemerkungen zur Erörterung der zweiten Frage: Kann eine eventuelle einseitige atomare Bewaffnung Israels (zumindest während ein paar Jahren) oder ein „endgültiges“ nukleares Abschreckungs-Gleichgewicht zwischen Israel und seinen arabischen Bedrohern eine wirkliche Lösung der ernsthaften Sicherheitsprobleme unseres Landes bringen? Es ist nicht möglich, im Rahmen dieser begrenzten Darstellung eine vollständige Erklärung und Begründung der negativen Antwort auf diese ausschlaggebende Frage zu geben. Beschränken wir uns deshalb auf zwei schwerwiegende Argumente, die allein schon genügen, die oben gestellte Frage mit einem klaren „Nein“ zu beantworten.

Der quantitative Unterschied an Flächenmaß und an Bevölkerungszahlen zwischen Israel und dem arabischen Subkontinent vom Persischen Golf bis zur Küste des Atlantischen Ozeans ist mehr als 1:100 zu Gunsten der Araber. Das allein schon bedeutet, daß in einem eventuellen Atomkrieg zwischen Israel und den arabischen Ländern (die sich in einem solchen Fall selbstverständlich notgedrungen vereinigen werden) Israel wahrscheinlich seinen Gegnern, besonders dem bevölkerungsreichen Niltal Ägyptens, zwar ziemlich schweren Schaden verursachen könnte, aber selbst der Gefahr einer völligen Vernichtung ausgesetzt ist.

Dazu gesellt sich ein nicht weniger schwerwiegendes politisch-diplomatisches Argument. Es liegt im Interesse der heutigen arabischen Regierungen (vielleicht außer *Bourgiba* in Tunesien und König *Hussein* von Jordanien) die Wunde der „ewigen Feindschaft“ zwischen ihren Ländern und Israel so lange wie möglich offenzuhalten, weil sie nur darin eine praktische Möglichkeit zur wirksamen Verhinderung der Verwurzelung und endgültigen Stabilisierung Israels in diesem Erdteil sehen. Daraus ergibt sich, daß es für Israel ein lebensnotwendiges Anliegen ist, demgegenüber alles zu tun, um dieses schwere Problem der israelisch-arabischen Beziehungen in den Rahmen der normalen internationalen Gesetzmäßigkeit der heutigen Welt zu bringen. Von diesem Gesichtspunkt aus könnte Israel seinen arabischen Rivalen heute keine größere Hilfe leisten, als mit ihnen in einen atomaren Wettstreit einzutreten, der das Ausmaß des aggressiven arabischen Widerstandes zur Existenz Israels in den Augen der ganzen Welt nur noch vertiefen und dramatisieren würde.

Was kann nun heute und in nächster Zukunft getan werden, um die Gefahr eines israelisch-arabischen nuklearen Rüstungs-Wettlaufs soweit wie möglich zu verhindern?

Einem Versuch, darauf zu antworten, muß man der Wahrheit halber die Feststellung vorausschicken, daß es in unserem nuklearen Zeitalter selbstverständlich kein politisches oder militärisches Wundermittel gibt, das eine solche universale Gefahr völlig und sicher aus dem Weg zu räumen vermag. Genauso wie die Aneignung von Kernwaffen keinem Land eine endgültige Lösung seiner Sicherheitsprobleme geben kann, ist auch jedes Mittel zur Verhinderung dieser Gefahr nur als begrenzt und relativ zu betrachten. Wenn, zum Beispiel, eine atomare Großmacht — unter Umgehung bestehender Abkommen zur Verhütung der Verbreitung von Kernwaffen — solche geheim einem potentiellen Aggressor-Staat zur Verfügung stellt, dann ist heute fast kein wirksames Verhütungsmittel dagegen zu finden. Aber es wäre ein unsinniges Zeichen übertriebener Verzweiflung, in dieser Tatsache einen Grund zu sehen, um überhaupt auf jeden Versuch zur Verhinderung eines atomaren Rüstungs-Wettlaufs zu verzichten.

Das bringt uns zum Problem der Garantien für nicht-nukleare Länder.

In der wichtigen amerikanischen Dreimonats-Schrift *Foreign Affairs* (Vol. 44, Nr. 4 — July 1966) schreibt *Mason Willrich*, Professor für Rechtslehre an der Universität von Virginia und früherer Hilfsberater der amerikanischen Kommission für Waffen-Kontrolle und Abrüstung, in seinem lehrreichen und wichtigen Artikel „Garantien für nicht-nukleare Nationen“: „Israel hat keinen Preis gesetzt für

seine Verpflichtung, sich der Kernwaffen zu enthalten. Schon einige Zeit lang jedoch ist es daran interessiert, eine Zusage für seine Sicherheit von den Vereinigten Staaten zu erhalten. Vom israelischen Standpunkt würde sogar eine amerikanische Garantie, die auf die Hilfeleistung gegen atomaren Angriff beschränkt ist, bedeutende Vorteile haben. Bisher haben die Vereinigten Staaten sich jedoch geweigert, eine Verpflichtung gegenüber einer Seite des arabisch-israelischen Konfliktes einzugehen.“

Diese wenigen Sätze enthalten zweifellos einen der ausschlaggebenden Punkte des ganzen Problems. In Israel, und in anderen Ländern, die heute die Produktion von Kernwaffen in absehbarer Zukunft ins Auge fassen, gibt es viele „Realpolitiker“, die allgemein den wirklichen Wert von Garantien als Abschreckmittel gegen eventuelle atomare Angreifer bezweifeln und sogar völlig verneinen. Es ist schwer, diese ausgesprochenen Kernwaffen-Protagonisten von ihrer starren und negativen Einstellung abzubringen. Diese verständliche Schwierigkeit droht aber zu einer völligen Unmöglichkeit zu werden, solange zumindest die Vereinigten Staaten nicht dazu bereit sind, den nächsten Kandidaten der Kernwaffen-Erzeugung klare und verbindliche Zusagen zu machen, die zumindest eine reale Grundlage zur Abwägung des wirklichen Garantiewertes schaffen.

Auch zu diesem Punkt schreibt *Mason Willrich* in dem oben zitierten Artikel einige aufschlußreiche Worte: „Nachdem die amerikanische Stellung in genügend zweideutige Ausdrücke gekleidet ist, um niemanden wirklich zu stören, sollten wir nicht erwarten, daß sie einen merkbaren Einfluß auf die Entscheidungen von Regierungen haben wird, die die Fähigkeit besitzen, nukleare Waffen zu entwickeln.“

Solange diese Feststellung wirklich auf die heutige amerikanische Politik auf dem atomaren Rüstungsgebiet zutrifft, bestehen keine konkreten Chancen, die universale Gefahr der Verbreitung von Kernwaffen in absehbarer Zukunft zu verhindern. Es ist die Pflicht der Vereinigten Staaten — als nukleare Hauptmacht der Erde und als einer der Grundpfeiler der heutigen internationalen Weltordnung — die politische Initiative zu ergreifen und den Hauptkandidaten zur Verbreitung von Kernwaffen reale und überzeugende Vorschläge zu machen, die es ihnen ermöglichen, ernsthaft die Garantie-Angebote zu erwägen.

Auf diesem Weg werden die USA (und die UdSSR, falls sie sich der amerikanischen Initiative anschließt) vielleicht unerwartete Mit-helfer in den verschiedenen Nationen der Welt finden. *Yehuda Ben-Moshe, Jerusalem*

